S 9 SF 195/23 BW

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Nordrhein-Westfalen

Sozialgericht Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen

Sachgebiet Krankenversicherung

Abteilung 10

Kategorie Beschluss

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 9 SF 195/23 BW

Datum 23.11.2023

2. Instanz

Aktenzeichen L 10 KR 1132/23 B

Datum 04.09.2024

3. Instanz

Datum -

Â

Die Beschwerde des Antragstellers gegen den Beschluss des Sozialgerichts KĶln vom 23.11.2023 wird zurļckgewiesen.

Â

Â

Gründe:

Â

١.

Â

Der Antragsteller begehrt im Wege der Beweissicherung gemĤà <u>ŧ 76 Abs. 1 SGG</u> die Einholung eines medizinischen SachverstĤndigengutachtens zur KlĤrung des

zahn- und kieferorthopĤdischen Befundes im Hinblick auf seine Zahnstellung.

Â

Der 0000 geborene und bei der Antragsgegnerin familienversicherte Antragsteller hat seit dem 01.07.2023 im Bereich â∏zahnärztliche Leistungenâ∏ Kostenerstattung gemäÃ∏ <u>§ 13 Abs. 2 SGB V</u> gewählt.

Â

Am 31.05.2023 reichte er bei der Antragsgegnerin einen privatĤrztlichen kieferorthopĤdischen Behandlungsplan des behandelnden Zahnarztes Q. vom 23.05.2023 ein. In seinem auf Veranlassung der Antragsgegnerin erstellten Gutachten vom 12.07.2023 kam der durch die Ķrtlich zustĤndige kassenzahnĤrztliche Vereinigung bestellte SachverstĤndige Y. zu dem Ergebnis, dass die Voraussetzungen der GewĤhrung eines Zuschusses gemĤÄ□ § 13 Abs. 2 SGB V nicht vorlĤgen.

Â

Mit Bescheid vom 18.07.2023 lehnte die Antragsgegnerin eine Kostenbeteiligung an der geplanten Ma̸nahme ab. Den hiergegen eingelegten Widerspruch wies sie mit an den Antragsteller adressiertem Widerspruchsbescheid vom 24.10.2023 zurück. Dieser bestreitet den Zugang des Bescheides.

Â

Nach Ã□bersendung des Widerspruchsbescheides aufgrund Verfügung des Berichterstatters vom 07.05.2024 hat der Kläger am 17.06.2024 nunmehr beim Sozialgericht Köln die unter dem Aktenzeichen S 36 KR 764/24 geführte Klage erhoben.

Â

Bereits am 04.09.2023 hatte der Antragsteller die Durchfýhrung o.g. Beweissicherungsverfahrens beim Sozialgericht beantragt. Es drohe durch Zeitablauf das Beweismittel des Augenscheins verloren zu gehen. Er habe die kieferorthopÃxdische Behandlung bereits aufnehmen mýssen, da bei bestehender Indikation die Erfolgsaussichten umso besser seien, je frühzeitiger die Behandlung vorgenommen werde. Die Beklagte habe den Sachverhalt nicht hinreichend aufgeklÃxrt, da sie keine persönliche Untersuchung des Antragstellers veranlasst habe. Insofern könne nach der Rechtsprechung (Hessischer VGH, Beschluss vom 20.07.2023 â \square 9 E 809/22 â \square , juris) das notwendige Interesse an einem Beweisverfahren bejaht werden Er könne nicht darauf vertröstet werden, in einem Klageverfahren die Begutachtung durch einen gerichtlich bestellten SachverstÃxndigen abzuwarten. Er habe auch den Beschaffungsweg eingehalten, da er der Antragsgegnerin sÃxmtliche Unterlagen vorgelegt habe.

Â

Die Antragsgegnerin hat die Auffassung vertreten, sie sei ihrer Amtsermittlungspflicht durch Einholung des Gutachtens von Y. nachgekommen. Danach l \tilde{A} μ gen die Voraussetzungen f \tilde{A} μ r das Ausl \tilde{A} μ sen eines Anspruchs auf Kostenerstattung f \tilde{A} μ r die strittige Behandlung nicht vor. Zudem sei der Beschaffungsweg nicht eingehalten worden.

Â

Durch Beschluss vom 23.11.2023 hat das Sozialgericht den Antrag abgelehnt. Der Antragsteller habe kein berechtigtes Interesse an der begehrten Beweissicherung. Es sei nicht erkennbar, dass seine Zahnstellung spĤter nicht mehr feststellbar wĤre. Es sei ihm zumutbar, den Ausgang des Widerspruchsverfahrens und in der Folge auch eines Klageverfahrens mit ggf. entsprechender Beweiserhebung abzuwarten. Dringende Grýnde für die Notwendigkeit des unmittelbaren Beginns der kieferorthopĤdischen Behandlung lägen nicht vor und seien durch die allgemein gehaltene Aussage, dass ein frühzeitiger Behandlungsbeginn erfolgversprechender sei, auch nicht hinreichend geltend gemacht worden. Zudem habe die Beklagte den Sachverhalt durch Einholung des Gutachtens von Y. bereits ermittelt. Gegen dieses Gutachten sei ein fachbezogener Vortrag weder durch den Antragsteller noch durch den behandelnden Zahnarzt erfolgt. Letzterer habe auch nicht die Einholung eines Obergutachtens beantragt.

Â

Gegen den am 01.12.2023 zugestellten Beschluss hat der Antragsteller am 18.12.2023 Beschwerde eingelegt und zur Begründung im Wesentlichen sein bisheriges Vorbringen wiederholt. Die zum Zeitpunkt der Antragstellung maÃ∏gebenden Zahnstellungen könnten durch einen Sachverständigen im Klageverfahren später nicht mehr festgestellt werden. Das im Verwaltungsverfahren eingeholte Gutachten nach Aktenlage sei zur Beweissicherung ungeeignet. Die Erfolgsaussichten in der Hauptsache seien im Hinblick auf das Beweissicherungsverfahren nicht zu berücksichtigen, da dies eine unzulässige Antizipation des Hauptsacheverfahrens bedeute.

Â

Die Antragsgegnerin hält an ihrer Auffassung fest. Das Sozialgericht habe den Antrag zu Recht abgelehnt, da ein Beweissicherungsverfahren vor dem Hintergrund des gutachterlich gesicherten Fehlens der Anspruchsvoraussetzungen nicht geboten sei.

Â

Der Senat hat eine Auskunft des behandelnden Zahnarztes Q. vom 25.07.2024 eingeholt, auf deren Inhalt Bezug genommen wird.

Â

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf den Inhalt der Gerichtsakte sowie den Inhalt der VerwaltungsvorgĤnge der Antragsgegnerin Bezug genommen, der Gegenstand der Entscheidungsfindung gewesen ist.

Â

II.

Â

Die zulĤssige Beschwerde ist unbegrļndet.

Â

Die Beschwerde ist gemäÃ∏ § 172 Abs. 1 SGG zulässig, auch wenn nach § 172 Abs. 2 SGG u.a. Entscheidungen des Sozialgerichts über die Ablehnung von Beweisanträgen nicht mit der Beschwerde angefochten werden können. Die Ablehnung einer Beweissicherung gemäÃ∏ § 76 SGG beinhaltet in der Sache zwar auch die Ablehnung eines Beweisantrags. Da es sich insoweit aber um ein besonderes Verfahren handelt und in § 76 SGG ein Ausschluss der Beschwerde nicht ausdrücklich geregelt ist, liegt ein solcher nicht vor ($vgl.\ LSG\ Rheinland-Pfalz,\ Beschluss\ vom\ 21.04.2020\ â∏ L 3 U 153/19 B BW â∏, juris Rn.20 m.w.N.).$

Â

Die Beschwerde ist aber unbegrýndet. Das Sozialgericht hat den Antrag auf Durchführung eines selbstständigen Beweissicherungsverfahrens zu Recht abgelehnt. Die Voraussetzungen für die Durchführung eines solchen Verfahrens nach $\frac{1}{4}$ 8 76 Abs. 1 SGG liegen nicht vor. Zutreffend hat das Sozialgericht ausgeführt, dass allein die Anwendung des $\frac{1}{4}$ 8 76 Abs. 1 2. Alt. SGG in Betracht kommt. Danach kann auf Gesuch eines Beteiligten u.a. die Vernehmung eines Sachverständigen zur Sicherung des Beweises angeordnet werden, wenn der gegenwärtige Zustand einer Person festgestellt werden soll und der Antragsteller ein berechtigtes Interesse an dieser Feststellung hat.

Â

Der Antragsteller hat ein berechtigtes Interesse an der Feststellung eines gegenw \tilde{A} xrtigen Zustandes in einem Beweissicherungsverfahren nach \hat{A} § 76 SGG jedoch nicht hinreichend substantiiert dargetan (vgl. zum Erfordernis der Glaubhaftmachung des rechtlichen Interesses etwa vgl. B. Schmidt in: Meyer-Ladewig/Keller/Schmidt, SGG, 14. Aufl. 2023, \hat{A} § 76 Rn. 2a). Zwar begehrt er die Feststellung seines aktuellen zahn- und kieferorthop \tilde{A} xdischen Befundes (bzw. des Zustandes im Zeitpunkt des Behandlungsbeginns) durch einen Sachverst \tilde{A} xndigen. Auch setzt ein berechtigtes Interesse an dieser Feststellung grunds \tilde{A} xtzlich voraus, dass es \hat{a} wie vom Antragsteller behauptet \hat{a} materiell-rechtlich gerade auf den

Ist-Zustand ankommt (vgl.~B.~Schmidt,~a.a.O.,~Rn.~2). Dabei kommt es nicht ma \tilde{A} geblich darauf an, ob das Gericht die zu beweisenden Tatsachen f \tilde{A} 1/4r erheblich h \tilde{A} xlt. Auch wenn das Gericht der Auffassung ist, dass es in einem Hauptsacheverfahren nicht auf die zu beweisenden Tatsachen ankommt, hat es \tilde{a} bei Vorliegen der Voraussetzungen des Abs. 1 \tilde{a} die Beweiserhebung durchzuf \tilde{A} 1/4r1/

Â

Die Feststellung des gegenwÄxrtigen Zustandes in einem gesonderten Beweissicherungsverfahren muss jedoch zur effektiven Rechtsverfolgung, konkret zum Zweck der Beweissicherung, nĶtig erscheinen. Die Frage des berechtigten Interesses ist nach einer umfassenden Wļrdigung der UmstÄxnde des Einzelfalls zu beantworten (vgl. Pitz, a.a.O., Rn.6, m.w.N.).

Â

Insofern kommt es \hat{a}_{\square} worauf der Antragsteller insoweit zutreffend hingewiesen hat \hat{a}_{\square} f \tilde{A}_{1} 'Ar die Entscheidung im vorliegenden Beschwerdeverfahren nicht darauf an, ob der Beschaffungsweg m \tilde{A}_{2} licherweise nicht eingehalten wurde. Unerheblich ist insofern auch, ob die Antragsgegnerin den Widerspruchsbescheid \tilde{A}_{2} 'Aberhaupt wirksam bekannt gegeben hat, ob die hiergegen erhobene Klage zul \tilde{A}_{2} sig ist oder ob \hat{a}_{2} wie der behandelnde Zahnarzt Q. in seinem Schreiben vom 25.07.2024 unter Punkt 3 dargelegt hat \hat{a}_{2} eine f \tilde{A}_{2} 'Ar den Kl \tilde{A}_{2} ger g \tilde{A}_{2} 'Anstigere Auslegung der Einstufung in die ma \tilde{A}_{2} geblichen kieferorthop \tilde{A}_{2} dischen Indikationsgruppen (KIG) m \tilde{A}_{3} glich ist.

Â

Nach den Umständen des Einzelfalls besteht für die Feststellung des gegenwärtigen Zustandes durch ein Sachverständigengutachten in einem gesonderten Beweissicherungsverfahren, konkret zum Zweck der Beweissicherung gleichwohl kein berechtigtes Interesse, weil die effektive Rechtsverfolgung auch ohne die begehrte Beweissicherung gewährleistet erscheint.

Â

Ausweislich der Auskunft seines behandelnden Arztes Q. hat dieser den zahn-und kieferorthopädischen Status des Antragstellers am 08.05.2023 ausfù¼hrlich und ausreichend diagnostisch durch intra- und extraorale Fotos einschlieÃ□lich Auswertung, Abformung beider Kiefer, Analyse von Kiefermodellen, Fernröntgen in zwei Ebenen, Panoramaschichtaufnahmen der Kiefer, eine klinische Funktionsanalyse sowie durch diagnostische, therapiebeeinflussende Fotos zur Bestimmung der Nachlinie, Zahnform, des Fleischverlaufs, Farbwirkung etc. erhoben. Q. hat mitgeteilt, dass die Befunddokumentation weiterhin vorliegt. Es ist auch nicht ersichtlich oder vorgetragen, dass der Antragsteller deren Verlust befürchten muss.

Â

Die entsprechend dokumentierten Befunde bilden den Gesundheitszustand des Antragstellers zum Zeitpunkt der Antragstellung und damit vor Behandlungsbeginn ab und bieten eine hinreichende Grundlage fýr etwaige künftige gutachterliche Feststellungen zur im Rahmen des geltend gemachten Anspruchs auf Erstattung der Kosten (§ 13 Abs. 2 SGB V) kieferorthopädischer Behandlung (vgl. § 29 Abs. 1 SGB V) gebotenen KIG-Einstufung des kieferorthopÄxdischen Behandlungsbedarfs. Einer persĶnlichen Untersuchung des KlĤgers durch SachverstĤndige bedarf es bei Vorliegen einer eingehenden Befunddokumentation für den im vorliegenden Rechtsstreit maÄngeblichen Zeitpunkt nicht mehr. Vielmehr kĶnnen etwaige Gutachten auf diese Befunde gestützt werden. Dies gilt umso mehr, als nach Beginn der Behandlung des Antragstellers noch vor Antragstellung im vorliegenden Verfahren ohnehin zweifelhaft sein kA¶nnte, ob sein aktueller Zahn- und Kieferstatus demienigen bei Antragstellung entspricht. Entsprechend hat auch Y. im Rahmen seiner von der Antragsgegnerin im Rahmen der sie nach <u>§ 20 Abs. 1 SGB</u> X treffenden Amtsermittlungspflicht veranlassten Begutachtung allein die durch O. zur Verfügung gestellten Unterlagen â∏ wenn auch mit abweichendem Ergebnis â∏ beurteilt. Es ist auch weder ersichtlich noch durch den Antragsteller dargelegt, dass die durch Q. erhobenen Befunde fehlerhaft oder unzureichend wĤren.

Â

 \tilde{A} ber die Kostentragung im Beweissicherungsverfahren ist zusammen mit der Hauptsache zu entscheiden (*LSG fÃ* /4r das Land Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 03.06.2013 \hat{A} \hat{a} | L 19 AS 2121/12 B \hat{A} \hat{a} | Juris Rn.2 m.w.N.)

Â

Diese Entscheidung ist unanfechtbar (§ 177 SGG).

Â

Â

Erstellt am: 18.09.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024